

Schriftenreihe
Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

Sicherheit 2025

Karlheinz Steinmüller, Lars Gerhold,
Marie-Luise Beck (Hrsg.)



Forschungsforum
Öffentliche Sicherheit

Freie Universität



Berlin

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



4.2 Soziale Sicherheit

Thomas Feltes

Wenn wir glauben, dass Szenario 2025 sei nicht realistisch oder wenn, dann nur in einer fernen Zukunft: Die dargestellte Situation existiert bereits heute – zumindest teilweise, und die genannten technischen Möglichkeiten gibt es tatsächlich schon jetzt. Ein Beispiel dafür ist die Auswertung der Mikromimik einer Person zu Kontrollzwecken, die bereits in den USA eingesetzt wird. Zusammen mit der Messung der Temperatur im Gesicht einer Person wird so festgestellt, ob jemand besonders nervös ist, was wiederum als Indiz dafür gewertet wird, dass er oder sie „Böses“ plant.

Lassen Sie mich unabhängig von diesen Aspekten schlagwortartig mit einigen Aspekten und Bedingungen beginnen, mit denen man die Verfasstheit unserer Gesellschaft im Moment charakterisieren kann. Wir sehen...

... eine zunehmend instabiler werdende Ökonomie, durch die wesentliche Teile der Bevölkerung an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden;

... eine hedonistische Konsumkultur, die die extensive Freiheit des Einzelnen mit einer gelockerten Sozialkontrolle verbindet;

... den Verlust der Fähigkeit, Vertrauensbeziehungen zwischen Fremden zu schaffen;

... einen Staat, der immer weniger dazu im Stande ist, eine Gesellschaft individualisierter Bürger und disparater sozialer Gruppen zu regulieren;

... ein geringeres Maß an Familienzusammenhalt und Gemeinschaftssolidarität (wenig soziale Kontrolle und sozialer Zusammenhalt);

... durch Risiken und Unsicherheit geprägte soziale und ökonomische Verhältnisse sind Grundlage der übersteigerten Betonung von Kontrolle;

... daraus erwachsen obsessive Anstrengungen, Risikopersonen zu überwachen, und gefährliche Populationen zu isolieren.

Für David Garland¹ liegt darin der eigentliche Ursprung der tief sitzenden Ängste, die sich in unserer heutigen kriminalitätsfixierten Kultur, in der Kommodifizierung² von

¹ Nach Garland, David: Kriminalitätskontrolle und Spätmoderne in den USA, in: KrimJ, 36. Jg. 2004, Heft 1, S. 4.

² Als Kommodifizierung bezeichnet man den Prozess der Kommerzialisierung bzw. des „zur Ware Werdens“. Mit der Kommodifizierung geht die „Privatisierung“ von Dingen und Gütern einher.



Sicherheit sowie in einer der Verwaltung von Raum und der Absonderung von Menschen ausdrücken.

Das Vertrauen in die Technik ist groß – zu groß. Das haben wir in diesem Workshop am Beispiel des Bankensystems diskutiert. Dass Smartphones ausfallen, die Bargeldautomaten kein Geld mehr ausgeben usw. klang futuristisch und unwahrscheinlich. Dabei wissen wir längst, dass Zugänge zu Bankkonten ebenso wie Kreditkartendaten „gehackt“ werden können. Wenn die Hacker diese Daten sammeln und ihre Möglichkeiten gebündelt an einem bestimmten Tag und zu einer bestimmten Uhrzeit nutzen, dann kollabiert das System. Und dass Banken anfällig für interne wie externe Angriffe sind, haben wir in den letzten Jahren mehrmals erlebt.

Wir haben eine zunehmend hedonistische Konsumkultur, die immer mehr auf die Freiheit des Einzelnen setzt, was zu einer gelockerten Sozialkontrolle führt. Wir haben den Verlust der Fähigkeit Vertrauensbeziehungen zwischen Fremden und mit Fremden zu schaffen, und als Konsequenz daraus immer weniger Empathie untereinander und einen beständig zurückgehenden sozialen Zusammenhalt. Dies ist ein wichtiger Aspekt, wenn wir über Kriminalprävention und soziale Kontrolle reden. Der Staat ist immer weniger im Stande eine Gesellschaft individualisierter Bürger und disparater sozialer Gruppen angemessen zu regulieren. Er versucht es dennoch, aber mit ungeeigneten und dysfunktionalen Mitteln. Generell haben wir ein geringeres Maß an Familienzusammenhalt, weniger Gemeinschaftssolidarität, weniger soziale Kontrolle. Das alles hat viel mit (Kriminal- und Sozial-)Politik zu tun, mit einer Politik, die im Moment auf fast allen Ebenen eher Exklusion als präventive Inklusion betreibt.

Diese nicht nur im Bereich der Kriminalität, sondern generell durch Risiken und Unsicherheiten geprägten sozialen und ökonomischen Verhältnisse sind Grundlage für eine übersteigerte Betonung von Kontrolle, und zwar gerade nicht von informeller, sozialer, sondern von formaler, staatlicher Kontrolle. Daraus erwachsen obsessive Anstrengungen Risikopersonen zu überwachen und zu isolieren. Nach dem Motto, „aus dem Auge, aus dem Sinn“ glauben wir beispielsweise durch das Wegsperrn angeblich gefährlicher Personen Probleme zu lösen – in Wirklichkeit kaschieren und verdrängen wir sie dadurch nur und sorgen dafür, dass der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft weiter verloren geht. Gerade die Absonderung von Menschen ist dysfunktional für (soziale) Prävention und die Wiederetablierung sozialer Kontrolle, die gerade davon lebt, dass die Menschen konstruktiv und mit Empathie aufeinander aufpassen und miteinander ihre Umgebung gestalten.

Aus der kriminologischen Forschung wissen wir, dass „social cohesion“, also der soziale Zusammenhalt in einer Gesellschaft ein, wenn nicht sogar der entscheidende Faktor für Prävention ist. Präventive Maßnahmen sind letztendlich nicht wirkungsvoll,



wenn sie nicht in der Gesellschaft verankert sind und von jedem einzelnen Bürger (mit-) getragen werden.

Die Politik und wir alle können und werden die Diversifizierung in unserer Gesellschaft weiter vorantreiben. Die Frage ist nur, mit welchem Ziel und mit welchem Ende. Wenn sie gestern in den Tageszeitungen gelesen haben, dass der Luxusgüterkonsum in den letzten zwei Jahren um 16% angestiegen ist (während gleichzeitig die Armut vor allem bei jungen Menschen in unserer Gesellschaft beständig steigt), dann wissen sie, was ich meine. Irgendwann wird dieses Auseinanderdriften von Arm und Reich auch bei uns zu sozialen Unruhen führen, wie wir sie zuletzt in Frankreich und Großbritannien erlebt haben.

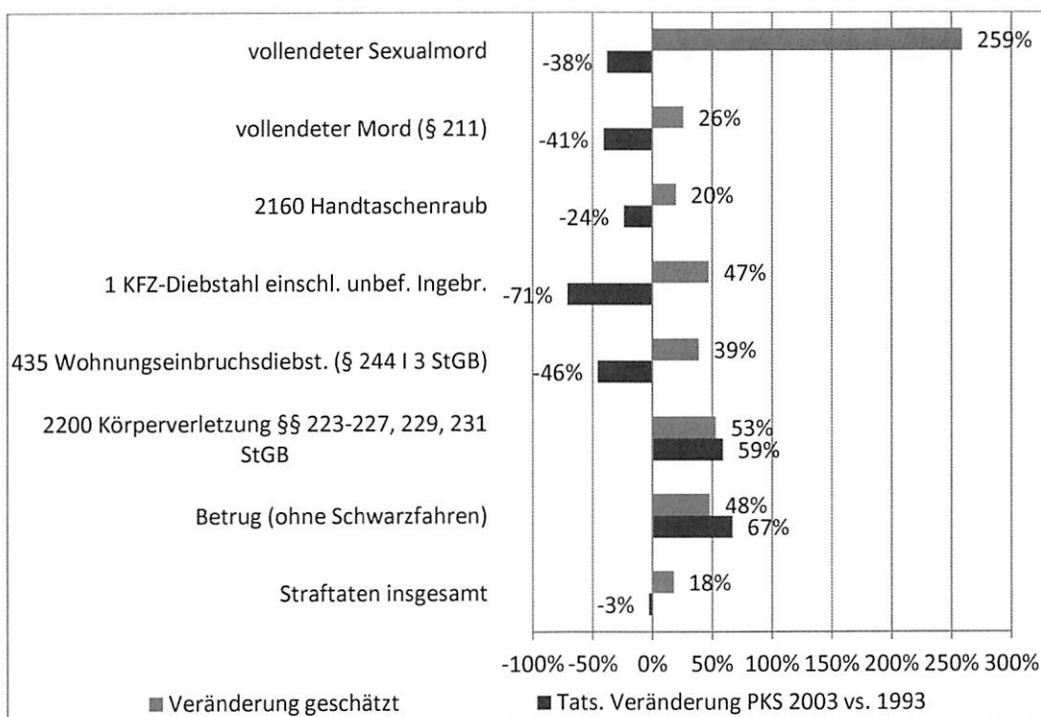


Abb. 2: Entwicklung der Kriminalität von 1993 - 2003 in der Polizeilichen Kriminalstatistik und nach Einschätzung der Bevölkerung. Quelle: Pfeiffer, Christian; Windzio, Michael & Kleimann, Matthias (2004). Die Medien, das Böse und wir. MSchrKrim, S. 417, Tab. 1.

Die Kriminalitätswahrnehmung der Bevölkerung wurde bereits gestern thematisiert. Auf der folgenden, nicht mehr ganz aktuellen Grafik ist zu sehen, wie die Bevölkerung die Entwicklung der Kriminalität einschätzt (rote Balken) und wie sie sich tatsächlich darstellt. Man sieht, dass wir in praktisch allen Bereichen einen deutlichen Rückgang der registrierten Kriminalität haben, die Bevölkerung die Veränderungen jedoch ganz anders einschätzt. Die „unheilige“ Allianz von Politik und Medien, die in bestimmten Situationen wirksam wird, wirkt sich auf die Bevölkerung aus und führt dazu, dass nicht



nur die Ängste in der Gesellschaft, sondern auch die Diversifizierungen immer größer werden.

Dazu einige Zahlen, die sie vielleicht erstaunen werden, wenn sie die mediale Berichterstattung in den letzten zwei, drei Jahren verfolgt haben. Generell kann man sagen, dass Kriminalität allgemein und vor allem bestimmte Kriminalitätsformen (Sexualdelinquenz) maßlos überschätzt werden. Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Zahlen der Opfer von vollendeten Sexualdelikten:

Tabelle: Entwicklung der Zahlen der Opfer von vollendeten Sexualdelikten. Quelle: PKS.

	Opfer insgesamt	Davon Kinder
1993	26	3
2003	20	5
2010	4	1
Veränderung 2003 - 2010: jeweils -80%		

Es fällt der deutliche Rückgang sowohl bei den Opfern insgesamt, als auch bei den Kindern, die Opfer wurden, ebenso auf, wie die niedrigen Absolutzahlen. Die Fokussierung auf das „Böse“ (selbst wenn es kaum existiert) lenkt von Versäumnissen im sozialen Bereich ab und beruhigt die Bürger. Das Böse ist, wenn sie so wollen, funktional – und zwar nicht nur für unsere eigene Psyche, sondern auch für die Politik.³

Die Folgen werden auch in einem anderen Bereich sichtbar, nämlich in den Zahlen zur Unterbringung von Menschen in psychiatrischen Krankenhäusern, Entziehungsanstalten oder der Sicherungsverwahrung. Seit 1975 gibt es hier einen permanenten Anstieg. Wir sperren tatsächlich immer mehr Menschen ein, oftmals auf unbestimmte Zeit. Die Frage ist, ob wir tatsächlich mehr gefährliche psychisch Kranke haben oder ob wir sie als solche definieren.

Bei den abgeurteilten Straftätern haben wir seit 1983 einen Rückgang um 14 Prozent, bei den Unterbringungen hingegen einen Anstieg um 200 Prozent. Auch hier muss man die Frage stellen, ob wir tatsächlich mehr psychisch Kranke oder aber andere Diagnosen haben, so dass viele als psychisch krank diagnostiziert werden, mit denen die Gesellschaft früher relativ problemlos leben konnte. Man ist insgesamt intoleranter und ängstlicher geworden, und es werden immer mehr Menschen weggesperrt. Wir folgen dem Prinzip: Im Zweifel wegsperrn und den Schlüssel wegwerfen.

³ Vgl. Feltes, Thomas: Nachwort zu: Tenner, Georg (2007). Jagd auf den Inselmörder. S. 308-316. Oldenburg.



Das Problem lässt sich an einer Studie⁴ verdeutlichen, die wir vor kurzem durchgeführt haben. Man kann dabei von einem quasi-experimentellen Design sprechen. Durch die nachträgliche Sicherungsverwahrung, die in den Bundesländern umgesetzt bzw. nicht umgesetzt wurde, wurde eine bestimmte Gruppe von (auch von Gutachtern) als höchst gefährlich eingeschätzten Personen freigelassen. Das hatte nichts mit dem (späteren) Urteil des EuGH zu tun, sondern damit, dass die Gerichte diese Straftäter aus formalen Gründen entlassen und nicht weggesperrt haben. Wir haben die Rückfälligkeit dieser ca. 80 Entlassenen über einen Zeitraum von drei Jahren nachverfolgen können. Von diesen angeblich hoch gefährlichen Straftätern, über die es psychiatrisch-psychologische Gutachten und entsprechende Stellungnahmen aus dem Strafvollzug gab, sind insgesamt 35% als rückfällig registriert worden. In dieser Zahl sind jedoch auch Ladendiebstahl und Schwarzfahren enthalten. Wenn man sich die wirklich schweren Delikte ansieht, haben wir innerhalb von drei Jahren eine Rückfallquote von ca. 5 % wegen erneuter Raub- und Sexualdelinquenz. Und wir reden hier über eine Population, die explizit als hochgefährlich deklariert worden war. Sie sollten nachträglich in Sicherungsverwahrung genommen und damit ggf. lebenslang weggesperrt werden.

Was sich hinter der gesamten Entwicklung verbirgt kann als „symbolische Politik“ bezeichnet werden. Ein Bild, das ich meinen Studenten in Vorlesungen häufig zeige, macht dies deutlich. Es stammt aus dem Jahre 2005 und zeigt Arnold Schwarzenegger, damals noch Gouverneur von Kalifornien. Vor ihm liegt ein Gesetzesentwurf, den er unterzeichnen wird, und das Foto ist wie folgt überschrieben: “Governor Arnold Schwarzenegger has acted on public safety legislation that will support law enforcement by protecting their funding, prevent crime, protect kids from child abuse and sexual predators, increase the use of GPS monitoring of sexual predators and violent felons and increase sentence enhancement on gang members”. Interessant an dem Bild sind die insgesamt acht Montblanc-Füller, obwohl der Gouverneur ja nur einen Stift benötigt, um seine Unterschrift zu leisten. Die Füller liegen dort, weil sie zusammen mit den geleisteten Unterschriften anschließend in Anwesenheit der Medien an Opfer übergeben werden, um deutlich zu machen, „wir Politiker kümmern uns, wir machen etwas für euch“. Das ist symbolische Politik par excellence. Wenn man vorher die öffentliche Aufregung etabliert hat, dann kann man sie hinterher durch solche Maßnahmen entsprechend besänftigen. Wir Kriminologen wissen sehr wohl, dass diese Politik Risiken und Nebenwirkungen hat, weil wir die negativen Folgen von Einsperren und entsprechenden Maßnahmen kennen. Und uns kann kein Politiker erzählen, dass er nicht ebenfalls die negativen Wirkungen von Sanktionen, und hier vor allem von Freiheitsentzug, kennt.

⁴ Alex, Michael (2010): Nachträgliche Sicherungsverwahrung. Rechtliche, kriminologische und kriminalpolitische Probleme. Holzkirchen.



Ein Zwischenfazit: Der Boom des Einsperrens, den wir seit geraumer Zeit sehen, ist weder in der Psychiatrie, noch im Strafvollzug durch die objektive Sicherheitslage begründbar. Strafgesetze, die aus Empörung oder Furcht vor Wenigen gemacht werden, sind ungeeignet um eine Gesellschaft zu befrieden. Wer Sicherheit durch Strafrecht verspricht, wie es viele Politiker tun, täuscht und wird zum Totengräber eines rechtsstaatlichen Strafrechts. Der Staat gibt damit Werte preis, die er auf der anderen Seite vorgibt vermitteln zu wollen. Wenn er sie aber preisgegeben hat, kann er sie nicht wiederherstellen. Er erwartet von jugendlichen Straftätern Empathie ihren Opfern gegenüber, ist selbst aber nicht empathisch, wenn es um das Leid der Menschen geht.

Wir haben einen Kreislauf steigender Repressivität und Punitivität. Man überbietet sich gegenseitig, wer als Erster (und als Schnellster) einen Anlass nutzt, um kriminalpolitische Forderungen zu stellen. So wird aktuell jedes Gewaltereignis bei Fußballspielen von Polizeigewerkschaften und Politikern benutzt, neue repressive Forderungen zu stellen. Da geht es um personalisierte Tickets, um Gesichtskontrollen im Eingangsbereich, Meldeauflagen usw. Jeder, der sich ein bisschen damit befasst hat, weiß, wie wenig praktikabel und wie dysfunktional die meisten dieser Vorschläge sind, weil sie die Fronten nur verhärten. Aber sie werden gemacht, um die Meinungshoheit in den Medien zu bekommen.

In seiner momentanen Anwendung verkommt das Strafrecht zu einem präventiven Polizeirecht auf prognostischer Basis mit einem extrem hohen Anteil sog. falscher Positiver, d.h. fälschlicherweise als gefährlich prognostizierter Personen, wie unsere Studie gezeigt hat.

Ein anderes Zukunftsthema, das auch schon Gegenwart ist, ist das sog. crime-mapping bzw. die geodatenbasierte Kriminalitätsdarstellung. Wenn sie abends in Chicago (oder in anderen amerikanischen Städten) in eine Bar gehen oder Freunde besuchen wollen, dann können sie vorher auf einer Karte im Internet⁵ nachsehen, welche Straftaten sich dort in der Nachbarschaft den letzten Tagen und Wochen ereignet haben. Auch wenn sie einen Umzug planen, können sie in die Grafik schauen, und prüfen, in welchen Bezirken welche Arten von Delikten vorzufinden oder eben nicht vorzufinden sind. Es gibt in den USA bereits Navigationssysteme, die solche Informationen tagesaktuell bei der Routenplanung berücksichtigen und sie um „gefährliche“ Gebiete (und ihre Bewohner) herum leiten – ähnlich wie bei uns um Unfälle oder Baustellen auf Autobahnen.

In einem weiteren Beispiel geht es um die Frage der Bekanntgabe des Namens, Fotos oder der Wohnanschrift eines entlassenen Sexualstraftäters. Hier gab es zuletzt in NRW

⁵ <http://gis.chicagopolice.org/CLEARMap/startPage.htm>



eine Diskussion, ob der Landrat die Adresse eines rechtmäßig entlassenen Sexualstraftäters der Öffentlichkeit bekanntgeben dürfe und ob er für die daraus folgenden Polizeikosten in Haftung genommen werden könne. Denn die Polizei musste anschließend an diesem Ort über einen längeren Zeitraum mit hohem Personalaufwand für die Sicherheit des entlassenen Straftäters sorgen, weil er von aufgebrachten Bürgern bedroht wurde. Die USA gehen hier deutlich weiter. Dort können sie nach Namen oder Adressen suchen und sich die entsprechenden Delikte bzw. Täter anzeigen lassen.⁶ Zu Risiken und Nebenwirkungen dürfen sie gerne den Kriminologen fragen, der ihnen nachweisen kann, dass solche und ähnliche Maßnahmen (wie das Aufenthaltsverbot für entlassene Sexualstraftäter in Miami) überaus dysfunktionale Folgen (sprich: höhere Rückfallraten) haben.

Damit möchte ich den letzten Punkt ansprechen, den Zusammenhang zwischen Kriminalität, Gesundheit und sozialen Problemen. Wir wissen, dass Stadt krank macht und je größer die Stadt ist, desto gefährdeter ist der Geist – und desto mehr Kriminalität haben wir. Das hat (auch) mit den Stresseffekten der Stadt zu tun. Angststörungen, Depressionen und Schizophrenie sind in Städten um 20 bis 40 Prozent höher. Soziale Bedrohungen, Kontrollverlust und Unterordnung sind weitere Stresseffekte der Stadt. Neurologisch gesehen korreliert das Volumen des sog. Mandelkerns in unserem Gehirn mit der Größe und Komplexität der sozialen Netzwerke eines Menschen: Je weniger wir kommunizieren, desto kleiner wird der Mandelkern. Und umgekehrt: Je mehr wir kommunizieren, desto größer wird er. Je größer aber der Mandelkern ist, desto besser wirkt sich dies auf die sozialen Netzwerke und die sozialen Kompetenzen eines Menschen aus⁷.

Arme Kinder werden schneller und häufiger krank, und generell variiert das Gesundheitsverhalten mit der sozialen Schicht. Gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen (ungesunde Ernährung), mangelnde körperliche Bewegung und regelmäßiges Zigarettenrauchen sind in unteren sozialen Schichten deutlich verbreiteter, und die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Kriminalität werden längst in vielen Städten erkannt. Am Beispiel von Erfurt⁸ kann man sehen, dass es in bestimmten Stadtgebieten eine Kumulation von Problemen gibt. Das ist keine neue Erkenntnis, das wissen wir seit den 60er Jahren. Es ist ganz offensichtlich so, dass wir eine Teilung der Gesellschaft haben, die klare Auswirkungen auf soziales Verhalten hat, und wir unternehmen nichts dagegen.

⁶ <http://www.meganslaw.ca.gov/index.aspx?lang=ENGLISH>

⁷ Abbott, Alison (2011). City living marks the brain. Neuroscientists study social risk factor for mental illness. In: Nature, S. 429 ff. <http://www.nature.com/news/2011/110622/full/474429a.html> [15.07.2012]

⁸ <http://www.erfurt.de/imperia/md/content/veroeffentlichungen/rechtundordnung/kriminalitaetsatlas2006.pdf> [15.07.2012]



Auch zwischen sozialer Schicht und psychischen Krankheiten und Auffälligkeiten gibt es einen (statistischen, nicht kausal-determinierten) Zusammenhang. Registrierte psychische Auffälligkeiten sinken mit dem sozialen Status⁹. Unterschichtkinder haben deutliche höhere Auffälligkeiten als Oberschichtkinder. Das trifft bspw. auch für Übergewicht und Adipositas zu. Unterschichtkinder sind weniger gesund, haben ein schlechteres allgemeines Wohlbefinden, eine geringere Lebenszufriedenheit, stärkere Einsamkeitsgefühle, größere Niedergeschlagenheit, stärkere Ängste und Sorgen um die Zukunft, ein doppelt so hohes Risiko magersüchtig zu werden und sie leiden häufiger unter Depressionen und sitzen länger vor dem Fernseher. In der Kindheit Ausgegrenzte leiden neunmal häufiger an Herzkrankheiten, viermal häufiger an Diabetes. Das Risiko von Verhaltensstörungen und psychischen Erkrankungen ist bei ihnen doppelt so groß¹⁰.

Dabei wissen wir eigentlich, was wir tun müssten, um für eine insgesamt bessere und sozialere Gesellschaft zu sorgen. Die Frage ist nur, aus welchem Grund wir uns nicht oder zumindest nicht genügend darum kümmern. Weltweit betrachtet sind die psychiatrischen Erkrankungen in den Ländern mit der höchsten Ungleichheit in der Bevölkerung fünfmal höher als in denen mit der geringsten, und dies gilt auch für Gewalttaten: "The link between inequality and homicide rates has been shown in as many as 40 studies, and the differences are large: there are five-fold differences in murder rates between different countries related to inequality. The most important reason why violence is more common in more unequal societies is that it is often triggered by people feeling looked down, disrespected and loss of face."¹¹

Nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht, sondern soziale Unterschiede machen krank. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es ist nicht das generelle Niveau in einer Gesellschaft, sondern es sind die Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft oder zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die für diese Probleme verantwortlich sind. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass sich einige Kollegen damit beschäftigt haben, ob man

⁹ S. dazu die sog. Bella-Studie, http://www.dpg-stuttgart.de/Bella_Studie.pdf [15.07.2012] sowie Palentien, Christian; Klocke, Andreas & Hurrelmann, Klaus: Armut im Kindes- und Jugendalter. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 18/1999, S. 33 ff. S. auch:

http://www.kiggs.de/experten/downloads/dokumente/Folien_kiggs_symposium_gesamt.pdf [15.07.2012]

¹⁰ Studie über 30 Jahre mit 14.000 Probanden in Schweden. Almquist, Ylva. Peer status in school and adult disease risk: A 30-year follow-up study of disease-specific morbidity in a Stockholm cohort. In: Journal of Epidemiology and Community Health Online First: 29. September 2009

http://jech.bmj.com/cgi/content/short/jech.2009.088377v1?q=w_jech_ahead_tab [15.07.2012]

¹¹ Wilkinson, Richard G. & Pickett, Kate (2009). The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better. London.



durch bessere Bildung bspw. Morde verhindern kann¹². Nach ihren Berechnungen würde eine Reduktion unzureichender Bildung um 50 % die Fallzahlen bei Raub und Erpressung um ca. 27 %, bei Tötungsdelikten um ca. 18 % sinken lassen. Das bedeutet eine Kostenreduktion von 1,42 Milliarden Euro bzw. ein Kostensenkungspotenzial von 17,2 %. Der Einfluss unzureichender Bildung sei insbesondere für die Delikte Mord/Totschlag, Raub und räuberische Erpressung sowie für Eigentumsdelikte signifikant; unzureichende Bildung habe hingegen keinen signifikanten Einfluss auf Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und Körperverletzung.

Die Studie kann man methodisch angreifen.¹³ Das Interessante dabei ist, dass in dieser Studie zum ersten Mal überhaupt in Deutschland gefragt wird, welche Kosten mit Kriminalität verbunden sind. Sie zeigt, dass wir eine ganze Menge Geld sparen könnten, wenn wir Schwerpunkte anders setzen würden. Es sind die Unterschiede, die ausschlaggebend sind in einer Gesellschaft. Wie wir zu Beginn meines Vortrages gesehen haben, sind wir aber seit geraumer Zeit dabei, diese Unterschiede weiter auszubauen. Umgekehrt wiederum reduziert Gleichheit Kriminalität und fördert die Integration. Dazu gibt es national und international klare Hinweise. Büttner und Spengler¹⁴ haben für Deutschland nachgewiesen, dass es in Städten, in denen die binnenstrukturelle Gleichheit größer ist, weniger Kriminalität gibt – wahrscheinlich, weil wir dort mehr sozialen Zusammenhalt und eine stärker ausgeprägte soziale Kontrolle haben. Das DIW hat in Bezug auf Migranten und deren Integration Folgendes festgestellt: “Migrants of non-Western origin often live among themselves. This residential segregation is, however, not necessarily caused by a lacking will to integrate. It rather seems to a large part explainable with the socio-economic differences between population groups. The key to successful integration of migrants into the German society thus lies in the alleviation of inequalities in respect to education, income and German language skills.”¹⁵

Und damit komme ich zum Schluss. Wir haben gesehen dass bestimmte Kriminalitätsformen von den Bürgern massiv überschätzt werden, und dass die Politik

¹² Entorf, Horst & Sieger, Philip(2010). Unzureichende Bildung: Folgekosten durch Kriminalität. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-B9DAA969-7240C376/bst/xcms_bst_dms_32620_33011_2.pdf [15.07.2012]

¹³ Feltes, Thomas & Kudlacek, Dominic (2010). Das (beabsichtigte) Missverständnis – Warum eine Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung zur Kriminalitätsentwicklung irreführend ist. In: Der Kriminalist 2/2010, S. 20-24.

¹⁴ Büttner, Thiess & Spengler, Hannes. Lokale Determinanten der Kriminalität und Tätermobilität: Eine empirische Studie mit Gemeindedaten, Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 85, 2002, S. 1-19.

¹⁵ de Groot, Olaf J. & Sager, Lutz (2010) Migrants in Germany: Separate and Unequal. Weekly Report 34, S. 251-258 http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.366007.de [15.07.2012]



nichts dagegen tut, diese in weiten Teilen unbegründete Furcht der Bürger sogar für eigene politische Zwecke missbraucht. Aus Sicht der Kriminologie wissen wir, dass Kriminalität nicht mit repressiven Mitteln, nicht durch Strafvollzug, sondern nur als soziales Problem bewältigt werden kann. Eine „symbolische Politik“ beseitigt weder Kriminalität noch die ihr zugrunde liegenden sozialen Probleme. Sie schafft und verstärkt beides. Dabei werden die sozialen Folgen und Kosten von Kriminalität, ebenso wie die sozialen Ursachen und die Zusammenhänge, unterschätzt. Deshalb sollte deutlich mehr in diesen Bereich personell und finanziell investiert werden und man sollte sich weniger auf rein repressive Maßnahmen verlassen.